



Solingen, 29. Mai 1993: das schrecklichste und folgenreichste ausländerfeindliche Attentat. Die Feuerwehr steht vor dem ausgebrannten Haus der türkisch-stämmigen Familie Genc, auf das ein Anschlag verübt worden war, bei dem drei Mädchen und zwei junge Frauen ermordet worden waren. Foto: stock/Tillmann Pressefotos



Frankfurt am Main, 5. Oktober 2015: Hunderte Freiwillige tragen Lebensmittel, Getränke und Kleidung in den Hauptbahnhof, um Flüchtlinge willkommen zu heißen, die abends mit Zügen aus München ankommen – rund 500, die zumeist aus Syrien stammen. Foto: stock/epd

Mentalität hat sich geändert, viele Probleme bleiben

Der Freiburger Historiker Ulrich Herbert erklärt, wie sich das Verhältnis der Deutschen zu Migranten entwickelt hat. Und er mahnt zu mehr Realismus.

Aachen/Freiburg. Über das, was Deutschland schaffen kann, darüber, wie viele Flüchtlinge und Einwanderer die Bundesrepublik – wie lange – aufzunehmen und zu integrieren in der Lage ist, wird seit Wochen und Monaten heftig gestritten.

Der Freiburger Historiker **Ulrich Herbert**, renommierter Experte für die Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland, nimmt dazu Stellung, wie es allgemein von einem Wissenschaftler erwartet wird: nüchtern, auf der Basis gründlicher Recherche, Chancen und Risiken abwägend und mit dem klaren Fazit, das Migration und Integration immer mit Problemen verbunden sind. Mit Herbert sprach unser Redakteur **Peter Pappert**.

Geht der Umgang von Politik und Gesellschaft mit Ausländern, Einwanderern und Flüchtlingen zu den Schattenseiten deutscher Geschichte?

Herbert: Nein. Es gibt ganz unterschiedliche Phasen; zu den dunkelsten gehört sicher der Umgang mit ausländischen Zwangsarbeitern während des Zweiten Weltkriegs. Die Aufnahme der Flüchtlinge und Vertriebenen aus dem Osten nach 1945 hat zwar erhebliche Probleme mit sich gebracht, wurde aber politisch mutig gelöst und hat nicht zu den anfangs befürchteten Erschütterungen geführt. Auch die Politik gegenüber den sogenannten Gastarbeitern seit Anfang der 60er Jahre hatte nicht nur Schattenseiten. Es gab im Vergleich zu anderen europäischen Ländern auch Erfolge bei der Integration – neben allen Problemen, die Migration immer und überall mit sich bringt.

Die hiesige Gesellschaft hat sich schwer getan mit Einwanderern und Flüchtlingen.

Herbert: In der Tat – das ist aber keine deutsche Besonderheit. Einwanderungsprozesse führen immer zu Problemen, egal wann und wo. In der Bundesrepublik haben wir seit fast 60 Jahren eine stetige Zuwanderung von Ausländern; und immer war sie auch von Schwierigkeiten und Krisen gekennzeichnet. Alle sechs bis sieben Jahre haben wir seither eine große Diskussion über Aufnahme- und Integrationsprobleme, über Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Und merkwürdigerweise tun wir immer so, als sei es das erste Mal.

Waren denn die „Gastarbeiter“ Einwanderer?

Herbert: Subjektiv zunächst nicht – weder von Seiten der Deutschen

noch der Ausländer. Als die Gastarbeiter-Anwerbung 1973 gestoppt wurde, gab es knapp vier Millionen Ausländer in Deutschland. Anders als geplant sank die Zahl danach aber kaum, weil viele ihre Familien nach hier holten und nun auf längere Sicht planten. Aus der „Gastarbeit“ war eine Einwanderung geworden. Dieser Verlauf ist übrigens typisch für Migrationsprozesse.

Galt das auch für die Asylbewerber?

Herbert: Wer im Heimatland politisch verfolgt wurde, wollte in der Regel möglichst schnell wieder zurück – so etwa in der Türkei nach der Militärdiktatur 1980. Aber bei längerem Aufenthalt wurde auch daraus eine De-facto-Einwanderung. Seither nahm die Zahl der Asylbewerber deutlich zu: Mit dem Zusammenbruch des Ostblocks Ende der 80er Jahre und dem Jugoslawienkrieg schnellte die Zahl der Asylbewerber nach oben. Das führte zu Protesten.

Der Streit verschärfte sich später.

Herbert: Er eskalierte Anfang der 90er Jahre in Pogromen und schrecklichen Anschlägen. Dabei kamen mehr als 50 ausländische Menschen zu Tode. Auch die Mordserie der NSU hatte hier ihren Ausgangspunkt. Mittlerweile hat

„Die armutsmotivierte Massenwanderung wird so lange anhalten, wie die sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Ländern so groß sind wie jetzt – also sehr lange.“

ULRICH HERBERT, HISTORIKER

die überwiegende Mehrheit der anerkannten Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge von damals Arbeit gefunden und sich integriert. Geblieben sind soziale und kulturelle Probleme mit jenen Gruppen, die sich nicht integriert haben. Das betrifft gerade jugendliche muslimische Zuwanderer. Probleme wie Parallelgesellschaft

ten oder Zwangsheiraten gibt es; die lassen sich nicht wegwünschen. Andererseits: Dass die Integrationsbereitschaft vieler Zuwanderer nach den Pogromen der frühen 90er Jahre vielerorts sank, war ja keine überraschende Reaktion.

Für die 90er Jahre haben Sie in Ihrem Buch „Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland“ einen sich dynamisierenden Entthemungsprozess beschrieben, der schließlich zu jenen brutalen, tödlichen Anschlägen führte. Was steckte dahinter?

Herbert: Man kann drei Faktoren nennen: Unmittelbar nach der Wiedervereinigung brach die Wirtschaft in den neuen Bundesländern ein; die Arbeitslosigkeit lag dort damals bei 30 bis 50 Prozent. Die Ostdeutschen, die ohnehin keine Erfahrung mit Ausländern hatten, wurden nun in dieser Situation, in der sie massive soziale Ängste hatten, erstmals mit Ausländern in großer Zahl konfrontiert. Das weckte Ängste, und die wurden von den Rechtsradikalen aufgegriffen. Zweitens spitzte sich die politische Diskussion zu, weil CDU und CSU den Asyl-Artikel des Grundgesetzes ändern wollten, was die SPD zunächst ablehnte. Die Kampagne, mit der die Union die SPD unter Druck setzte, lief dann aber aus dem Ruder. Zahlreiche Unionspolitiker schlugen extrem scharfe Töne an, was manche Hitzköpfe noch anspornte, um es vorsichtig auszudrücken. Schließlich gab es eine üble Kampagne der „Bild“-Zeitung; wenn man sich deren Artikel und Schlagzeilen von damals anschaut, möchte man gar nicht glauben, dass das in diesem Land möglich war. Aber auch „Bild“ hat sich geändert, wenn man die Berichterstattung von heute betrachtet. Das ist bemerkenswert.

1993 wurde das deutsche Asylrecht dann deutlich verschärft. Wie bewerten Sie diese damalige Entscheidung heute?

„Wer seine Familie vor Terror und Hunger nach Europa in Sicherheit bringen will, ist ja kein Betrüger.“

ULRICH HERBERT

1993 wurde das deutsche Asylrecht dann deutlich verschärft. Wie bewerten Sie diese damalige Entscheidung heute?

Ulrich Herbert (64) ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte am Historischen Seminar der Universität Freiburg und gehört zu den profiliertesten deutschen Historikern. Er versteht seine Profession auch als Auftrag, sich in zeitgeschichtliche, politische und gesellschaftliche Debatten einzumischen, was er oft und mit viel Engagement tut.

Profiliertes Debattierendes und renommierter Autor zeitgeschichtlicher Bücher

Ulrich Herbert (64) ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte am Historischen Seminar der Universität Freiburg und gehört zu den profiliertesten deutschen Historikern. Er versteht seine Profession auch als Auftrag, sich in zeitgeschichtliche, politische und gesellschaftliche Debatten einzumischen, was er oft und mit viel Engagement tut.

Herberts umfangreiche Monographie „Geschichte der Ausländerpoli-

Herbert: Sie steht heute vor ihrem Scheitern. Man hat damals die Verantwortung für die ankommenden Flüchtlinge an die Länder mit Außengrenzen der EU abgeschoben. Damit sind die aber völlig überfordert, auch weil sie zum Teil selbst erhebliche ökonomische und soziale Probleme haben – wie etwa Griechenland oder Ungarn. Zudem hat Europa damals seine mehrere tausend Kilometer lange Mittelmeerküste außer Acht gelassen – mit katastrophalen Folgen, wie wir heute wissen. Die EU hat für all das noch keine ausgereiften Lösungen. Es ist aber auch nicht einfach, welche zu finden.

Ist die Haltung, Asylbewerber überwiegend als Schwindler und Betrüger oder „verkleidete Wirtschaftsflüchtlinge“ zu betrachten, heute ähnlich verbreitet wie vor 25 Jahren?

Herbert: Womöglich, aber es geht ja auch um komplizierte Sachverhalte. Beim Asyl geht es um politisch Verfolgte in einem sehr engen Sinne. In den 90er Jahren fie-

len zum Beispiel die Muslime aus Bosnien-Herzegowina, die von den Serben verfolgt wurden, denken Sie nur an Srebrenica, in der Regel nicht unter das Asylrecht. Also hat man die Kategorie „Bürgerkriegsflüchtling“ geschaffen. Und dann gibt es jene abgelehnten Asylbewerber, die wegen des Bürgerkriegs in ihrer Heimat nicht zurückgeschickt werden können. Mit dem Asyl-Artikel allein werden Sie also der politischen Wirklichkeit nicht gerecht. Und wer in Ländern, wo Militärbanden herrschen und die Bevölkerung darbt, seine Familie vor Terror und Hunger nach Europa in Sicherheit bringen will, der ist ja kein Betrüger. Andererseits ist die Armut in vielen Ländern der Welt – etwa auf dem Balkan – nicht mit politi-

scher Verfolgung gleichzusetzen. Wichtig ist aber, dass wir sehen: Die armutsmotivierte Massenwanderung wird so lange anhalten, wie die sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Ländern so groß sind wie jetzt – also sehr lange. Darauf müssen wir uns einstellen.

nationalsozialistische Deutschland 1933-1945“.

Herbert ist Träger des Leibniz-Preises der Deutschen Forschungsgemeinschaft, einer der bedeutendsten deutschen Auszeichnungen für Wissenschaftler.

Was ist zu tun?

Herbert: Die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede zwischen Nord und Süd werden nicht durch Migration aus der Welt geschafft. Was wir brauchen, ist eine klare, transparente deutsche und europäische Migrationspolitik, die politisch Verfolgte schützt – und zwar unabhängig von ihrer Qualifikation. Darüber hinaus ist eine Definition der eigenen Interessen nötig: Wie viele Zuwanderer braucht dieses Land? Welche Qualifikationen sollen sie haben? Ohne solche Leitlinien wird es eine zustimmungsfähige Einwanderungspolitik nicht geben.

Bekommt die Politik das hin?

Herbert: Das wird man sehen. Angesichts der demografischen Entwicklung brauchen wir eine Netto-Einwanderung von jährlich rund 250 000 Menschen. Die Bedingungen dafür, die eigenen Interessen der Bundesrepublik müssen wir klar definieren. Ein Teil der Bevölkerung wird dennoch gegen Einwanderung sein, ein anderer gegen klare Begrenzungen oder Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber. Das macht es nicht einfacher.

Die Stimmungslage hierzulande hat sich geändert. Ist Deutschland in den letzten 25 Jahren offener, auch multikultureller geworden?

Herbert: Natürlich. 20 Prozent der deutschen Bevölkerung haben einen sogenannten Migrationshintergrund, bald werden es 25 Prozent sein. Anfang der 80er Jahre waren es in der Bundesrepublik sechs oder sieben Prozent. Wir sind den Umgang mit Zuwanderung nun seit Jahrzehnten gewohnt. Wir sehen die Vorteile der Einwanderung – nicht nur demografisch und wirtschaftlich, sondern auch kulturell. Wir kennen auch die zum Teil massiven Probleme, die nicht gelöst sind. Es gibt Zwangsheiraten; es gibt massive Probleme mit radikalen Muslimen. 3000 Kämpfer des „Islamischen Staates“ (IS) kommen aus Deutschland; das ist kein Zufall.

Wer oder was hat für diesen Mentalitätswechsel gesorgt?

Herbert: Zunächst mal die Gewöhnung – die Gewöhnung daran, dass die Ängste, die man hatte, sich nicht bestätigt haben und dass man individuelle Erfahrungen im Umgang mit Fremden gemacht hat – vor allem am Arbeitsplatz, in den Betrieben. Zudem ist durch die erschreckenden Erfahrungen der frühen 90er Jahre die Zustimmung oder Indifferenz gegenüber fremdenfeindlichen Exzessen geringer geworden und der Protest dagegen eindeutiger.

Hat die Politik den Mentalitätswandel befördert, oder läuft sie ihm hinterher?

Herbert: Vermutlich beides. Gerade in den letzten Wochen haben die Kanzlerin und andere zu einer positiven Grundhaltung gegenüber den Flüchtlingen beigetragen. Das war politisch gewiss nicht ohne Risiko. Die größte Wandlung sehe ich hier in der Einstellung der CDU zur Einwanderung. Die Union hat sich unter Helmut Kohl bis zum Ende der 90er Jahre gegen die Vorstellung gewehrt, Deutschland sei Einwanderungsland. Das hat sich noch nicht vollständig, aber doch deutlich geändert. Die große konservative Partei akzeptiert Zuwanderung. Andererseits hat die Debatte um Thilo Sarrazin gezeigt, dass nicht nur Rechtsradikale, sondern auch viele Konservative dessen Thesen zustimmen. Nicht nur hier: In Frankreich liegt der radikal-nationalistische Front National derzeit bei 28 Prozent, wegen der Zuwanderung mit aufsteigender Tendenz. Das Thema wird uns noch lange beschäftigen – und nicht nur die Deutschen.

